PARTEIEN

FINANZIERUNG

Umwege zum Geld

(siehe Titelbild)

"Die Partelen ... müssen über die Herkunft Ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft geben ..." Artikel 21 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland

Industrielle und Bankiers aus verschiedenen Gegenden der Bundesrepublik fanden in den letzten Monaten Einladungen in ihrer Post, deren Text lautete:

Die Herausgeber der Wochenschrift "Das Wirtschaftsbild", Bonn, Bundeswirtschaftsminister Professor Dr. Ludwig Erhard und Oberbürgermelster Ernst Bach, bitten zu einer Aussprache über das Thema "Konjunktur heute und morgen".

Die Zusammenkünfte sollten an so exklusiven Stätten wie dem Kurhaus Baden-Baden, Ritters Parkhotel in Bad Homburg oder dem Deutschen Hof zu Nürnberg stattfinden. Die Einladungen verhießen ihren "anschließend Beisammensein" Empfängern zwangloses oder "Gelegenheit zu gemeinsamem Essen". Weil Industrielle und Bankiers verständlicher-weise gern mit Ludwig Erhard über die Konjunktur von heute und morgen reden, folgten sie den Einladungen recht zahlreich.

In den Veranstaltungen wurde dann aber offenbar, daß die Herausgeber der Wochenschrift "Das Wirtschaftsbild" nicht nur an einen Gedankenaustausch gedacht hatten. Die Geladenen wurden - soweit sie noch keine "Wirtschaftsbild"-Bezieher waren — gebeten, diese Wochen-schrift zu abonnieren. eine schrift zu abonnieren, eine Publikation, die beispielsweise dem Textilverband Mönchen-Gladbach so viel wert ist, daß er für "Wirtschaftsbild"-Exem-plare monatlich

> 7500 Mark Bezugsgebühren bezahlt.

Der Oberbürgermeister von Siegen (Westfalen), Ernst Bach, gibt nun nicht nur gemeinsam mit Ludwig Erhard "Das Wirt-schaftsbild" heraus, sondern heraus, sondern fungiert zugleich - seit 1950 als Bundesschatzmeister der

Christlich-Demokratischen Union, was bedeutet, daß der

"Wirtschaftsbild" - Verlag die getarnte Spenden-Transfer-Station für die CDU ist. Die Einladungen zu der Aussprache über die "Konjunktur heute und morgen" sind eine Werbe-Idee des Bundesschatzmeisters Ernst Bach, Für den näherrückenden Bundestagswahlkampf 1957 sollen die CDU-Parteikassen auf dem Umweg über "Bezugsgebühren" für das "Wirtschaftsbild" so diskret wie möglich gefüllt werden.

Manch einer, der für die CDU gern eine Summe stiften möchte, scheut sich, das Geld offen als Spende für eine Partei zu deklarieren. "Wirtschaftsbild"-Verlagsleiter Dr. Helmut Stark, der unter Bach amtiert, erläutert: "Der unverfängliche Name unseres Informationsdienstes läßt nicht erkennen, welchem Zweck er dient, was für manchen Firmen-Inhaber von Bedeutung ist."

Der Verlag "Das Wirtschaftsbild" ist schon deshalb einzigartig, weil nicht her-auszufinden ist, welche Rechtsform das Unternehmen für sich in Anspruch nimmt.

Verlags-Geschäftsführer und Herausgeber Oberbürgermeister Bach behauptet: "Es ist eine Einzelkaufmanns-Firma." Aber im Handelsregister ist sie nicht, wie vorge-schrieben, eingetragen. Verlagsleiter Stark sagt dagegen: "Es ist keine Firma, sondern ein unselbständiger Betrieb."

Unklar bleibt, wem der "unselbständige Betrieb" gehört. Im Verlags-Statut, das von Bach konzipiert wurde, heißt es: "Das "Wirtschaftsbild' ist der Wirtschaftsbetrieb der CDU Deutschlands ..., wird als kauf-männisches Unternehmen auf gemein-nütziger Grundlage geführt ... Bei Auf-lösung gehört das Eigentum der CDU Deutschlands."

Wer jene Eigentumsrechte heute beanspruchen darf, bleibt derweil ungewiß. Verlagsleiter Stark hat sich folgende Deutung zurechtformuliert: "Der tatsäch-

Schatzmeister Bach (r.) und Freund: Gemeinsame Steckenpferde

liche Eigentümer ist die CDU; aber die CDU darf, da sie als politische Partei nicht rechtsfähig ist*, kein Eigentum haben. Daher ist der Herausgeber Bach - ohne Vertrag — eine Art von Treuhand-Eigen-tümer, der aber nicht in der Enge des ge-setzlichen Treuhänder-Verhältnisses steht."

Der von diesem undurchsichtigen Unternehmen herausgegebene Informationsdienst erscheint in mehreren Ausgaben. Die sogenannte einfache Ausgabe "Das Wirtschaftsbild" - Auflage, gedruckt: 1750,

• Im Bonner Grundgesetz (Artikel 21) wird über die politischen Parteien gesagt, daß sie bei der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken, daß ihre innere Ordnung demokratischen Grundsätzen entsprechen müsse und daß sie über die Herkunft ihrer Mittel offentlich Rechenschaft geben müssen. "Das Nähere" sollen Bundesgesetze bestimmen. Bis diese Gesetze vorliegen, bleibt die rechtliche Stellung der Parteien unbestimmt. Obwohl zum Beisplei einige CDU-Landesverbände die Rechtsform eines eingetragenen Vereins gewählt haben, hat die CDU-Bundespartei eine derartige Rechtsform nicht. Sie ist deshalb auch nicht "rechtsfähig". • Im Bonner Grundgesetz (Artikel 21) wird

verkauft: 1500 - kommt wöchentlich heraus; der Bezug kostet monatlich 50 Mark. Dafür werden jede Woche sechzehn DIN-A-4-Seiten geliefert, mit elektrischer Maschine auf Stahlmatrize getippt und hektographiert. Ihr Inhalt: Kommentare, wie sie in jeder Tageszeitung zu finden sind, aber auch Nachrichten, deren Wert der "Wirtschaftsbild"-Verlagsdirektor Stark in seinen "Richtlinien für die Werbung" folgendermaßen beschreibt:

"Insbesondere werden Mitteilungen und Informationen aus der Arbeit der Bonner Ministerien, des Bundestages und seiner Ausschüsse gegeben. 'Das Wirtschaftsbild' legt größten Wert auf die frühzeitige Unterrichtung der Leser. Die wirtschaftspolitischen Entwicklungen und gesetzgeberischen Maßnahmen werden nach Mög-

lichkeit bereits in ihrem Anfangsstadium mitgeteilt.

"Oft werden auf diese Weise Aufschlüsse über kommende Dinge gegeben, die erst Monate später der breiteren Öffentlichkeit zur Kenntnis gelangen. Da es sich hierbei vielfach um vertrauliche Informationen handelt, die nicht vorzeitig publik werden sollen, erscheint 'Das Wirtschaftsbild' als vertrauals vertraulicher Informationsdienst, dessen Beiträge grundsätzlich nicht zum Nachdruck bestimmt sind.

Nachdem mittlerweile sogar CDU-Abgeordnete daran Anstoß genommen hatten, daß man dem CDU-Blatt "Wirtschafts-bild" vertraulich "Aufschlüsse über kommende Dinge" entnehmen kann, schwächt Stark seine verfängliche Verheißung heute etwas ab: "Unsere Informatio-nen stammen in der Hauptsache aus dem Wirtschaftsausschuß der CDU. Wir erfahren eben früher als die Zeitungen, welche gesetzgeberischen Absichten die Mitglieder dieses Ausschusses haben."

Allen, die dennoch glauben. daß hier staatliche Verschwiegenheitsvorschriften zu Nutz und Frommen der CDU-Parteikasse umgangen werden, versichert Stark: "Wenn ich mich mit Ministerialbeamten unterhalte, dann ist meine erste Frage immer: 'Dürfen Sie etwas sagen oder dürfen Sie nicht? Wenn Sie mir keine Antwort geben dürfen, dann will ich auch gar nichts von Ihnen wissen.' Aber natürlich sind wir hier in Bonn die ersten, die in den Besitz

wichtiger Informationen kommen, die der Presse naturgemäß verschlossen bleiben."

"Wirtschaftsbild"-Herausgeber Oberbürgermeister Bach hat sich indessen einen simpleren Reim auf sein Angebot "vertraulicher Informationen" gemacht: "Das "Das Wort vertraulich ist so zu verstehen, daß andere Zeitungen unsere Berichte nicht nachdrucken dürfen, weil es sich um wissenschaftliche Beiträge handelt."

Für solche Wissenschaft zahlen manche Firmen wesentlich mehr als 50 Mark im Monat. Sie beziehen das "Wirtschaftsbild" gleich en gros. Das Volkswagenwerk hat zeitweise 12 000 Mark monatlich an den "Wirtschaftsbild"-Verlag überwiesen.

Wem aber selbst 50 Mark zu teuer sind, der kann die Hälfte für den halben Preis beziehen. "Der Wirtschaftsbrief" des Bachschen "Wirtschaftsbild"-Verlages kommt alle zwei Wochen heraus. Er gibt den Inhalt der jeweils letzten, wöchentlich er-scheinenden "Wirtschaftsbild" - Nummer

getreu wieder — Verlagsleiter Stark: "Manchmal wird der Leitartikel weggelassen" — und kostet im Monat 25 Mark. Dieser preiswerte "Wirtschaftsbrief" zählt rund 250 mittlere und kleinere Unternehmen zu seinen Abnehmern.

Für anspruchsvollere Kunden dagegen bietet Ernst Bachs Bonner CDU-Verlag eine sogenannte Sonderausgabe seines "Wirtschaftsbildes" feil, deren Inhalt sich allerdings von dem der Normalausgabe nicht unterscheidet. Die Spezialität der Sonderausgabe A ist, daß die Abonnenten durch ihren Bezug. der monatlich 100 Mark kostet, ein Recht auf "Wirtschaftsberatung" erwerben. Darüber schreibt Stark: "Unser Wirtschaftsberatungsdienst gibt unseren Abonnenten bestimmte Fingerzeige für die Erlangung von Lieferungsaufträgen. Nähere Auskünfte erhalten die Abonnenten bei dem Unterzeichneten (Stark)."

In seinen "Richtlinien für die Werbung" verspricht Stark den Kunden der "Wirtschaftsbild"-Sonderausgabe aus Industrie und Handel noch offenherziger, daß ein Abonnement des CDU-"Wirtschaftsbildes" durchaus wirtschaftlichen Nutzen für die Bezieher haben kann: "Außerdem bemüht sich der Verlag, den Abonnenten wertvolle Hinweise bei der Vergebung von Aufträgen durch öffentliche Stellen, zum Beispiel Besatzungsdienststellen, Israel-Mission, Rundesgrenzschutz usw., zu geben, und steht dabei mit seinem ganzen Apparat zu Beratungen im einzelnen zur Verfügung."

Heute sagt Verlagsleiter Stark, auf dessen Schreibtisch der Organisationsplan des Bundeswirtschaftsministeriums und das Bundes-Ausschreibungsblatt liegen: "Vom Verlag ist niemals jemand mit den Kunden in das eine oder andere Ministerium mitgegangen. Wir haben uns immer nur telephonisch nach den zuständigen Vergabe-Stellen erkundigt und den Kunden dann den legalen Weg gezeigt. Wir haben ihnen aber keine direkte Schützenhilfe geleistet. Das wäre kurzsichtig gewesen, abgesehen von staatsethischen Gesichtspunkten"

Allerdings kann Dr. Stark nicht umhin, zu bestätigen, daß er sich bei derartigen Telephongesprächen mit den Bundesministerien am Telephon als "Bundesleitung der CDU" meldet: "Weil ich sonst mit dem Hamburger Rundfunk-Kommentator Dr. Starke verwechselt werde."

Der agilste und erfolgreichste Werber für das "Wirtschaftsbild" ist Herausgeber Bach selbst. Zur Beutestrecke der von ihm geworbenen Bezieher gehörten allein in Norddeutschland 'so gut zahlende "Wirtschaftsbild"-Abonnenten, wie:

- Esso AG, Hamburg;
- > Phoenix Gummiwerke AG, Hamburg-Harburg;
- Deutsche Shell AG, Hamburg;
- Deutsche Erdöl-AG, Hamburg;
- > H. Bahlsens Keksfabrik KG, Hannover;
- Gewerkschaft Deutsche Erdol-Raffinerie Deurag, Hannover;
- Gewerkschaft Elwerath, Erdölgewinnung. Bentheim, Sitz Hannover;



CDU-Verlagsgeschäftsführer **Stark*** Fingerzeige für Abonnenten

- Gewerkschaft Neue Erdoelraffinerie Nerag —, Hannoyer;
- ▷ B. Sprengel & Co. (Schokoladen), Hannover:
- Büssing-Nutzkraftwagen GmbH, Braunschweig;
- Georg Westermann Verlag, Braunschweigt;
- > Wintershall AG (Erdöl und Kali), Celle;
- > Volkswagenwerk ÇmbH, Wolfsburg.

Die CDU hat dank der Werbemöglichkeiten, die sich ihr als der führenden Regierungspartei nun einmal anbieten, mit dem "Wirtschaftsbild" allein im Jahre 1954 die ansehnliche Summe von

> 1677 110,20 Mark

eingenommen, die nicht etwa offen als Spenden für die Partei, sondern verschamt als "Bezugsgebühren" des "Wirtschaftsbildes" deklariert und für die lediglich vier Prozent Umsatzsteuer vom "Wirtschaftsbild" - Verlag ans Finanzamt abgeführt wurden.

Die Einnahmen — "Bezugsgebühren" — des "Wirtschaftsbild"-Verlages belaufen sich in diesem Jahr auf durchschnittlich > 150 000 Mark monatlich,

von denen die CDU-Bundesgeschäftsstelle allmonatlich 70 000 Mark in ihrem Geschäftsverkehr verwirtschaftet.

Dafür zu sorgen, daß den großzügigen Geldgebern dieser respektierliche Obulus

* Als Student

an die CDU nicht zu sauer wird, hat sich der Bundesfinanzminister Schäffer angelegen sein lassen, und zwar schon vor jenem Termin vom Dezember 1954, an dem Spenden für politische Parteien steuerabzugsfähig wurden: "Nach einem Sondergutachten des Bundesfinanzministeriums sind die Bezugsgebühren für das "Wirtschaftsbild" als Betriebsausgaben absetzbar." So "Wirtschaftsbild"-Verlagsleiter Stark.

Diese Gelder nun, die der Abonnent als "Betriebsausgaben" von der Steuer absetzen kann, sind aber für den Empfänger, den "Wirtschaftsbild"-Verlag, keineswegs "Betriebseinnahmen" im Sinne der Steuergesetzgebung. Als "Unternehmen auf gemeinnütziger Grundlage" braucht der Verlag seine für die CDU-Parteikasse bestimmten Überschüsse nicht als Gewinn zu versteuern — er zahlt lediglich Umsatzsteuer —, und natürlich erst recht nicht jene Beträge, die unabhängig von den "Bezugsgebühren" ausdrücklich als "Spenden" in den CDU-Verlag "Wirtschaftsbild" flossen und für die der Empfänger überhaupt keine Steuern, auch keine Umsatzsteuer, zahlte. Zwei solcher Zahlungsbeispiele aus dem Jahre 1954:

- 100 000 Mark vom Düsseldorfer "Verein zur Förderung der sozialen Marktwirtschaft in Nordrhein-Westfalen e. V.",
- 806 000 Mark vom Kölner "Verband zur Ordnung privatwirtschaftlicher Eigentumsrechte".

Dazu Verlagsleiter Stark: "Ich muß ganz offen zugeben, daß Spenden auf unser Verlagskonto gezahlt werden. Aber unsere Kassenführung sorgt dafür, daß diese Spenden gleich wieder abgezweigt werden, und zwar auf das Konto des Bundesschatzmeisters Bach in Siegen."

Bundesschatzmeister Bach, der Herr überdieses Konto bei der Siegener Filiale des Bankvereins Westdeutschland, stand bereits an der Spitze der rührigen Goldmacher, die im Jahre 1953 auf direktem und indirektem Wege zweiundzwanzig Millionen Mark aus den Schatullen der Industrie, des Handels und der Banken zusammenfochten, mit denen die Parteien der Regierungs-Koalition ihre Wahlschulden abdeckten. Auf Bach setzen seine Parteifreunde auch heute angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl wieder ihre Hoffnungen.

Bach bewältigt eine Vielzahl politischer und geschäftlicher Aktivitäten mühelos nebeneinander. Er fungiert als:

- CDU-Bundesschatzmeister in Bonn,
- DU-Kreisvorsitzender in Siegen,
- Herausgeber und Geschäftsführer der CDU-Informationsdienste "Das Wirtschaftsbild" und "Der Wirtschaftsbrief" in Bonn,
- Gesellschafter und Geschäftsführer des CDU-Organs "Deutsches Monatsblatt" in Siegen,
- Vorsitzender (Bach sagt: "Präsident") der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe in Münster,
- Mitglied im Hauptausschuß des Deutschen Städtetages,

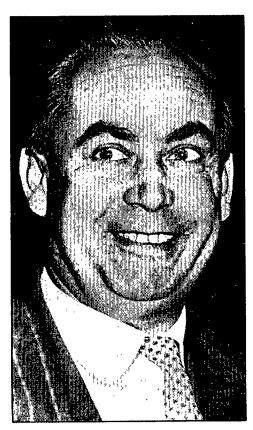
... ein festliches Erlebnis



- Vorsitzender des Polizei-Beirats der Regierung zu Arnsberg,
- Oberbürgermeister in Siegen,
- Teilhaber und Geschäftsführer der Firma "Siegener Großanstrich Müller & Bach, Sandstrahl-Entrostungen, Industrieanstrich, Fabrikverglasung in Siegen",
- > Teilhaber und Geschäftsführer der Firma "Bach & Müller, Großhandel in Lacken, Farben, Ölen, Fetten" in Siegen,
- Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Freie Grunder Eisenbahn AG, Siegen,
- Mitglied des Aufsichtsrates der Eisern-Siegener Eisenbahn-AG, Siegen,
- Mitglied des Aufsichtsrates der "Westfälischen Ferngas AG" zu Dortmund,
- Mitglied des Verwaltungsrates der "Landesbank für Westfalen" in Münster,
- Mitglied des Verwaltungsrates der "Provinzial-Lebensversicherungs-Anstalt von Westfalen" zu Munster.

Dem CDU-Bundesschatzmeister (genannt BSM) Bach mangelt es nicht an selbstbewußter Vitalität: "Die Leute", sagt er, "nennen mich den ungekrönten König von Westfalen." In seinem Verlagsstatut für das "Wirtschaftsbild" hat Bach angeordnet: "Einstellungen und Entlassungen und auch Bestrafungen von Angestellten können nur vom Geschäftsführer selbst vorgenommen werden." Nach dem Stuttgarter CDU-Parteitag Ende April dieses Jahres proklamierte Ernst Bach: "Auf Grund meiner Wiederwahl zum Bundesschatzmeister erhöhe ich die Gehälter (der 'Wirtschaftsbild'-Angestellten) um zehn Prozent."

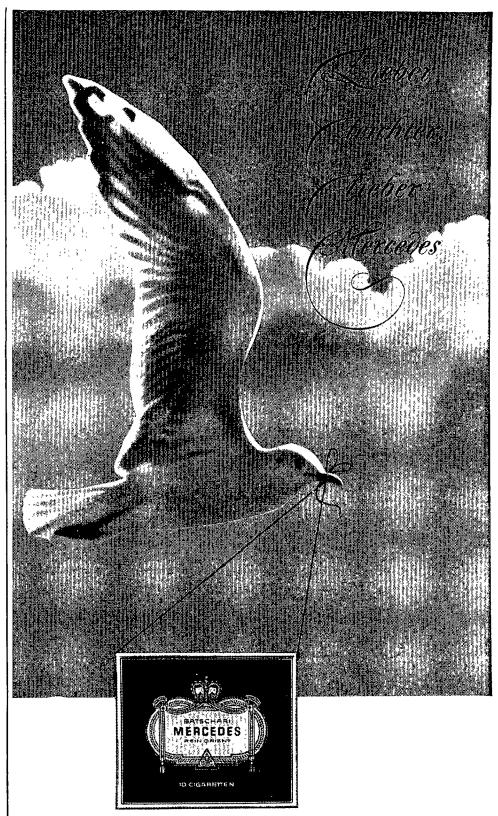
Zum letzten Jahreswechsel diktierte der Oberbürgermeister Bach seiner Rathaus-



CDU-Bundesgeschäftsführer **Heck** "Taktische Fehler passieren"

Sekretärin in Siegen auf Oberbürgermeister-Amtsbogen einen Neujahrsgruß an alle städtischen Beamten und Angestellten sowie an Honoratioren der Stadt.

Ein städtischer Bote mußte diese amtlichen Neujahrswünsche austragen, in denen

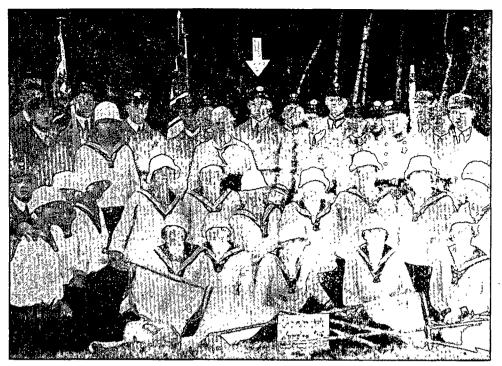


Ein Bild der Anmut, diese reizvolle Aufnahme einer im Gegenlicht fotografierten Möwe. Symbolischer Ausdruck jener Leichtigkeit, für welche die Mercedes bekannt ist.

Ja... die Mercedes hat Charakter: denn sie ist nicht nur leicht – das ist für eine Batschari-Zigarette selbstverständlich – sie ist auch hocharomatisch.

MERCEDES-

- Rein Orient - 10 Pf. A. Batschari Cigarettenfabrik Baden-Baden



Deutschnationaler Bach (Pfeil) in den zwanziger Jahren: Zwölf Knüppel, sieben Flaschen

Ernst Bach an die Empfänger appellierte, mit ihren Familienangehörigen schleunigst der CDU beizutreten, "um damit dem Kanzler zu seinem 80. Geburtstag (5. Januar) eine Freude zu bereiten" (SPIEGEL 4/1956).

Die Stadtverordneten Siegens tadelten diese groteske Silvesterkampagne ihres Oberbürgermeisters. Ernst Bach bereute und gestand: "Jeder politisch aktive Mensch hat einmal bewußt oder unbewußt Fehler gemacht."

Was dem Bach an glaubwürdiger Originalität abgeht, ersetzt er durch mehr oder weniger originelle Schrullen, die ihm mittlerweile zur lieben, wenn auch etwas beschwerlichen Gewohnheit geworden sind. Er trägt - nach eigenem Zeugnis - nie Strümpfe, im Sommer nicht und auch nicht im Winter. Seine Freunde wollen allerdings dahintergekommen sein, daß er - im Winter - die Sockenschäfte so kurz schneidet, daß sie nicht über den Schuhrand hinauslugen. Seinen hellgrauen Mercedes 220 fährt Bach barfuß. Er hat sogar eine Erklärung dafür: "Ich muß mich gegen Gefäß-Einengung durch Strümpfe und Schuhe wehren."

Außerdem rühmt sich Ernst Bach der gleichen harmlosen Leidenschaft, die im Hause Adenauer freitags den Küchenzettel beherrscht. Bach bevorzugt wie Adenauer "Mein Freund, der Kanzler" — Erbsenund Linsensuppe.

Bachs Ämter-Fanatismus ist um so erstaunlicher, als es niemanden gibt, der dem unternehmerischen Parteifunktionär Bach vorwirft, er lasse es bei einer seiner vielfältigen Aufgaben an der wünschenswerten Arbeitsintensität fehlen.

Daß sich die kritischen Stimmen gegen Ernst Bach dennoch mehren, hat etliche Gründe: Seine Parteifreunde beobachten mit Sorge die schwer bestimmbare Trennungslinie zwischen seinem politischen und seinem geschäftlichen Eifer. Und seine Brüder in Christo finden etwas dabei, daß Ernst Bach zu Beginn einer Nikolausfeier seines Bonner CDU-Verlages das Vaterunser betete und anschließend die drei seiner Ansicht nach schönsten Beinpaare der Verlagssekretärinnen mit fünfzig, dreißig und zwanzig Mark prämijerte.

Der katholische Christ Dr. Heck, als CDU-Bundesgeschäftsführer der Nebenmann

Bachs im Parteiapparat, erklärt den "Fall Bach" mit dem evangelischreformierten Glaubensbekenntnis des Bundesschatzmeisters: "Um diesen Fall zu verstehen, muß man wissen, daß Bach ein typischer Kalvinist ist - auf der einen Seite von kindlich Religiosität. frommer auf der anderen Seite geschäftstüchtig und bauernschlau, mal mißtrauisch bis zum Exzeß, mal vertrauensselig bis zum Exzeß. Dabei passiert ihm dann auch einmal ein taktischer Fehler.

Ernst Bach selber hat eine erhabenere Meinung von sich. In seinem "Deutschen Monatsblatt" steht der anspruchsvolle Satz: "Die fromme evangelische Gläubigkeit und seine stille Liebe für die Armen, von der niemand etwas weiß und die er eigentlich auch hier nicht angesprochen wissen möchte, vervollständigen das Bild dieses Mannes, der seinem Land und seiner Partei ein unentbehrlicher und rastloser Arbeiter ist."

Kampf mit roten Ruhr-Gardisten

Seine Bemühungen um Land und Partei nahm Bach bereits — siebzehn Jahre alt — nach dem ersten Weltkrieg an der Ruhr auf. Der Obersteiger-Sohn, der aus einer im Dillkreis alteingesessenen Bergmanns-Familie stammt, hatte es mit humanistscher Bildung, aber ohne Abitur, bis zum Hauer gebracht, ehe er sich — 1923 — ganz der Politik verdingte.

Angefangen hatte es schon am 18. Januar 1919, dem ersten Reichsgründungstag der Weimarer Epoche. An jenem Tage gründete Ernst Bach in Essen die Vaterländische Jugendbewegung, ein Junioren-Anhängsel der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), die damals noch androhte, für Thron und Altar auf die Barrikaden zu klettern.

Wenn er auch nicht gerade Barrikaden stürmte, so hat Ernst Bach doch annähernd Gleichwertiges vorzuweisen: Nach dem Berliner Kapp-Putsch geriet er, inzwischen erster Kreisvorsitzender der Essener DNVP, bei einer Saalschlacht im Ratskeller zu Essen-Krey mit den Gardisten der roten Ruhr-Armee aneinander. Er verlor weder das Bewußtsein noch die Nerven; fein säuberlich registrierte er den Sachschaden: "Zwölf Eichenknüppel und sieben Bierflaschen wurden auf meinem Kopf zerschlagen." Eigene Verluste: "Ich trug eine Verletzung des Kleinhirns davon."

Als die Franzosen in Essen einmarschierten, war Ernst Bach längst wieder gefechtsklar: "Ich habe den Ruhr-Kampf aktiv geführt und gehörte zu den Sprengkommandos. Einen französischen Kriminalbeamten habe ich niederstechen müssen. Die Franzosen haben mich wie eine Stecknadel gesucht." Unter dem Decknamen Strom setzte sich Bach ins Siegerland ab.



Ständig strumpflose Bach-Beine: Beschwerliche Gewohnheiten



Trotz dieser trüben Erfahrungen blieb Ernst Bach bei der Politik und den schwarzweißroten Deutschnationalen. Er wirkte für die Partei als Geschäftsführer der Kreise Siegen, Olpe und Wittgenstein, bis er sich — 1929 — mit Parteichef Hugenberg überwarf, der mehr und mehr zu Hiller tendierte.

Unter Bachs Führung wechselte die Siegerländer DNVP geschlossen in den Christlich-Sozialen Volksdienst hinüber, jene Partei, in der die etwas anstrengende Karitas-Ideologie des Berliner Hofpredigers Stöcker aufpoliert wurde, die schon dem Fürsten Bismarck das Leben schwer gemacht hatte.

In diesem Volksdienst, dem bedeutungslosen evangelischen Gegenstück zum katho-



Ruhrkämpfer **Bach** alias **Strom** Ein Franzose wurde niedergestochen

lischen Zentrum, avancierte Bach vom Landesgeschäftsführer für Westfalen zum Generalsekretär für Westdeutschland. Ein Restposten der Volksdienstler stimmte 1933 für Hitlers Ermächtigungsgesetz. Kurz darauf verlor die Partei — wie jede andere Partei außer der NSDAP — ihre Existenz und der Generalsekretär Bach seine Funktionärspfründe.

Im Bruderrat der Bekennenden Kirche in Castrop-Rauxel, im Jugendbund für Entschiedenes Christentum und als Obmann des Evangelischen Männerdienstes in der Synode Herne hielt Ernst Bach Distanz zum Dritten Reich. Gleichzeitig entdeckte er, daß noch ganz andere Kräfte in ihm schlummerten. Bach war zunächst, da stellungslos, mit Kaffee und Zigarren im Handkoffer von Haus zu Haus durch Ruhrgebiet und Siegerland gezogen: "Ich habe im ersten Jahr für 48 000 Mark umgesetzt. Dazu kam dann noch die Vertretung für Stoffe und Wäsche."

Schon im Jahre 1934 machte er mit seinem Gewinn einen Feinkostladen in Castrop-Rauxel auf. Und kaum zwei Jahre später stieg er als Teilhaber und kaufmännischer Leiter in die Siegener Großanstrichs-Firma ein, von der ihm heute die Hälfte gehört. Später wurde ein Farben-Großhandel etabliert, um das Material



Ihr Wagen braucht einen Lackschutz aus Hartwachs...

Ihr Wagen braucht CAR-PLATE

Hartwachs gibt Ihrem Wagen idealen Schutz gegen Regen, Sonne, Staub und Schmutz. Johnson's Car-Plate, das flüssige Auto-Hartwachs, läßt sich so leicht und mühelos auf den Lack des Wagens auftragen.

Glanz + Schut für Monate in Glanz + Schut für Monate in burgester Zeit aufgetragen!

Und für die Vorreinigung: Johnson's Carnu-Lackreiniger. Carnu macht die Farbe klar und gibt die beste Grundlage

für die nachfolgende Car-Plate-Pflege.



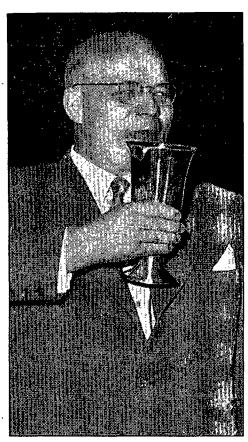
CARNU und **CAR-PLATE**

das perfekte Paar für die vollendete Wagenpflege. In Tankstellen und Fachgeschäften erhältlich. BIND SETABLES TO LACK
REINIGER
Inchit (1982)

ZMOZNHOL

DM 3,50

JOHNSON'S WACHS PRODUKTE GMBH., HAMBURG 11



"König von Westfalen" **Bach** Der Wunsch nach dem Bundestagsmandat...

für den Groß-Anstrich billiger hereinzubekommen.

Gegenüber dem ehemaligen Anstreicher, der damals Reichskanzler war, hielt sich der Groß-Anstreicher Bach auch weiterhin zurück: "Ich habe zwölfmal vor der Gestapo gestanden." Dennoch wurde er zum Ringführer (Wehrwirtschaftsführer) seiner Branche bestellt.

Nach dem Währungsschnitt von 1948 wurde das Siegener Anstrichs-Unternehmen offenkundig groß ausgebaut. Kürzlich erst hat Bach zwei neue Werksgebäude in Betrieb genommen, was den aufmerksamen Burgern der Stadt Siegen nicht verborgen blieb, die den kommerziellen Aufschwung ihres Oberbürgermeisters dessen parteipolitischer und kommunalpolitischer Karriere zuschreiben.

Die 120 Arbeiter der Firma Bach (Monatsumsatz: durchschnittlich 100 000 Mark) bepinseln Jahr für Jahr 3000 Tonnen Hochspannungsmasten der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke. Ähnliche Daueraufträge bezieht Bach von der Bundesbahn, den Stahlwerken in Salzgitter und der Duisburger Kupferhütte.

Oberbürgermeister Bach betont: "Ich habe ausdrücklich angeordnet, daß mir die Stadt keine Aufträge für meine Firma gibt. Die Elektrizitätswerke, die Bahn, die Reichswerke und die Hütten gehörten schon vor 1945 zu meinen Kunden. Neue Aufträge hab' ich vom Bund 'überhaupt nicht bekommen. Mein Umsatz ist ganz konstant geblieben."

Ernst Bach — "Meine verlegerische Arbeit ist absolut ehrenamtlich" — verzichtet nicht nur auf städtische Aufträge für seine Firma, abgesehen von Aufträgen der Städtischen Gas- und Wasserwerke, sondern auch auf die sonst übliche Werbeprovision in Höhe einer monatlichen Bezugsgebühr für die von ihm gekeilten "Wirtschaftsbild"-Abonnenten. Der steuerfreie Spesenersatz des "Wirtschaftsbild"-

Herausgebers Bach erklimmt allerdings beachtliche Höhen:

> 1954: 10 648,88 Mark;

> 1955 (bis einschließlich August): 8 317,22 Mark.

Den Januar des Jahres 1956 verbrachte Ernst Bach mit seiner Familie in Baden-Württemberg (Standquartier: Schwarzwald), um die schwäbischen Christdemokraten im Landtagswahlkampf zu "beraten" — auf gut deutsch: um die Kassen der schwäbischen Industrie und der "Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaft Baden-Württemberg e. V." zu Wahlkampfzwecken anzuzapfen. Allein diese Tätigkeit Bachs kostete den Bonner "Wirtschaftsbild"-Verlag einen Spesenersatz von 2400 Mark.

Aber nicht nur dieser Aufwand hat die Christenmenschen in der Union gegen Ernst Bach aufgebracht. Bachs sehnlichster Wunsch, in den Deutschen Bundestag zu kommen, scheiterte vielmehr daran, daß Bach sich im April 1953 — nach 27 Ehejahren — von seiner ersten Frau scheiden ließ und schon sechs Wochen später die wie er im Jahre 1902 geborene Witwe Elisabeth des Reichstagsabgeordneten und Pfarrers Schmidt heiratete. Schmidt war ein alter Kampfgefährte Bachs aus den Zeiten des Christlich-Sozialen Volksdienstes.

Vornehmlich Bachs zähester Widersacher in der Partei, der CDU-Landesgeschäftsführer von Westfalen-Lippe, Joseph Blank (ein Bruder des Verteidigungsministers Theo Blank), den seine Gefolgsleute den "Herzog von Westfalen" heißen, nahm dem "ungekrönten König von Westfalen" diese Extratour übel und verhinderte Bachs Kandidatur für den Bundestag.

Dabei zeichnet sich Ernst Bach durch einen ausgeprägten Familiensinn aus. Die neun Kinder, die seine zweite Frau mitbrachte — ein Sohn verstarb —, nennt er seine "Adoptivkinder": "Ich will für jedes meiner Kinder ein Haus bauen." Gudrun Schmidt, die älteste Tochter, bezog im



"Herzog von Westfalen" **Blank** ... scheiterte an den Christenmenschen

Jahre 1952 von Bachs "Wirtschaftsbild"-Verlag 5300 Mark, Albert Schmidt, der älteste Sohn, 3800 Mark. "Das war die Provision für Abonnenten, die von den beiden geworben wurden", sagt Vater Bach, "so steht's auch in den Verlagsbüchern." Bescheiden weist Bach die Vermutung zurück, er selbst habe Meriten bei der Werbetätigkeit seiner Stiefkinder.

Der kluge Doktor Stark mag ahnen, wie unpassend es hier und da empfunden werden könnte, wenn ausgerechnet des Schatzmeisters Stiefkinderschar einige tausend Mark Provisionen aus den kunstvoll als Bezugsgebühren getarnten Parteigeldern herauswirtschaftet. Deswegen sagt Stark: "Angehörige der führenden Verlagsleute dürfen gar keine Werbeprämien vom "Wirtschaftsbild' bekommen. Als Fräulein Schmidt und Herr Schmidt ihre Provision verdienten, waren sie noch nicht die Kinder Bachs."

Daß aber Bachs Schwester, Frau Änne Spennemann vom Rittergut Hovedissen bei Leopoldshutte, mit dem "Wirtschaftsbild"-Herausgeber nicht verwandt ist, möchte Verlagsleiter Stark dann doch nicht behaupten. Frau Spennemann bezieht vom "Wirtschaftsbild"-Verlag Monat für Monat genau 200 Mark.

Sagt Bach: "Das sind reguläre Provisionssätze. Meine Schwester hat aber als sparsame und kluge Hausfrau darauf bestanden, das Geld nicht auf einmal zu bekommen, sondern es fest als Kapital anzulegen und in Monatsraten zu erhalten."

Rechnungen nach Wunsch

Um den Umsatz seines Bonner "Wirtschaftsbildes" zu heben, gewann der tüchtige Schatzmeister Bach den Bundeswirtschaftsminister Erhard als Mitherausgeber und arrangierte mit ihm jene Vorträge über die "Konjunktur heute und morgen", bei denen neue "Wirtschaftsbild"-Abonnenten geworben wurden.

Dieses hartnäckige Werben Ernst Bachs um diskret kaschierte Spenden der Industrie mag nun seinen Grund in dem eigenartigen internen Finanzgebaren der CDU haben, das in der Bundesrepublik seinesgleichen sucht; es mag auch in der Tatsache begründet liegen, daß die CDU — wie alle "bürgerlichen" Parteien — bei weitem nicht so viele zahlungswillige Mitglieder hat wie etwa die Sozialdemokratie.

Die 589 051 eingeschriebenen Sozialdemokraten (Stand von 1955) sollen, je nach Monatseinkommen, diese Monatsbeiträge in ihre Parteikasse zahlen:

Monalseinkommen			n B	Beitrag	
bis	300	Mark	1,2	0 Mark	
	350	Mark	1,8	0 Mark	
	400	Mark	2,4	0 Mark	
		Mark		0 Mark	
		Mark		0 Mark	
		Mark	8,4	0 Mark	
		Mark		0 Mark	
		Mark	24,0	0 Mark	
		Mark		0 Mark	
über	1200	Mark	36,0	0 Mark	

Die Beitragseinnahmen der SPD, die im Jahre 1955 rund 7,2 Millionen Mark betrugen, werden anteilig auf die Kassierer, die fünf Prozent Provision erhalten, auf Ortsvereine, Kreise, Landesverbände, Unterbezirke und Bezirke aufgeteilt. An den Bonner Parteivorstand werden fünfzehn Prozent abgeführt.

Finanziert sich die SPD also im wesentlichen von unten nach oben, so ist es bei der CDU gerade umgekehrt: Die rund 245 000 CDU-Mitglieder (Stand vom 1. Januar 1956) zahlen monatlich mindestens 50 Pfennig, durchschnittlich eine Mark Parteibeitrag. Zehn bis zwanzig Prozent dieser Einnahmen gehen als Provision an die Kassierer, der Rest verbleibt vollständig den Kreis- und Ortsverbänden. An die Landesverbände und die Bonner Bundes-

geschäftsstelle der CDU werden keinerlei Mitgliedergelder abgeführt.

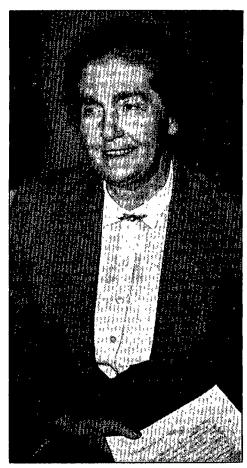
Diese entscheidenden Gremien der CDU verwirtschaften ausschließlich betriebsfremde Mittel. Die CDU-Landesverbände werden, statt aus den Beiträgen von Parteimitgliedern, durch Bachs "Wirtschaftsbild"-Verlag. durch regionale Spenden-Vereine der Wirtschaft und durch sonstige Spenden alimentiert.

In Niedersachsen beispielsweise, einem Land mit viel Industrie und dennoch bäuerlich-konservativem Charakter, hat an diesem Geschäft das "Institut für die niedersächsische Wirtschaft" einen beachtlichen Anteil. Das Institut verbuchte zur Bundestags-Wahlzeit vom April 1952 bis zum Dezember 1953 exakt 2 440 791,46 Mark als steuerfreie Einnahmen aus der niedersächsischen Wirtschaft.

An die bürgerlichen Parteien Niedersachsens, die jetzt die Regierung des Landes bilden, damals aber (außer dem BHE) in der Opposition standen, wurden von dem Institut zur Bundestags-Wahlzeit von April 1952 bis Dezember 1953 entsprechend der Mitgliederzahl ausgeschüttet:

CDU: 887 300 Mark,
 FDP: 849 300 Mark,
 DP: 858 700 Mark und
 BHE: 62 700 Mark.

Alle CDU-Landesverbände bekommen außer derartigen Zuwendungen der auf Länderbasis arbeitenden Fördergesellschaften der Wirtschaft vom CDU-Verlag "Wirtschaftsbild" noch einen Agenturzuschuß in Höhe von 1000 Mark monatlich. Außerdem fließen 50 Prozent der Bonner "Wirtschaftsbild"-Bezugsgebühren als sogenannte Rückvergütung nach unten in die Kassen der CDU-Landes- und Kreisver-



Zweite Bach-Gattin **Elisabeth** Die Kinder warben für das "Wirtschaftsbild"

bände: 40 Prozent für die Landesverbände, 10 Prozent für die Kreisverbände.

Diese Finanzierung von oben nach unten wird ergänzt durch Geschäfte, die von Landesverbänden der CDU in eigener Regie abgewickelt werden. So betreibt auch der CDU-Landesverband Niedersachsen — wie andere Landesverbände der CDU — ein eigenes Verlagsgeschäft, das wöchentlich einmal das Partei-Traktätchen "Niederdeutsche Stimmen" mit einer Durchschnittsauflage von 3000 Exemplaren herausbringt, in Wirklichkeit aber, wie das Bonner "Wirtschaftsbild", hauptsächlich dazu dient, die Parteifinanzen aufzubessern.

Auf das Konto dieses nicht eben bedeutenden Verlages zahlte das "Institut für die niedersächsische Wirtschaft" binnen einem Jahr genau 100 497,74 Mark, die offensichtlich als Spende für die CDU gedacht waren: Das Wirtschafts-Institut wählte — genau wie die Förderer des "Wirtschaftsbildes" — den Umweg über einen Verlag.

Um größere Anzeigen zu Vorzugstarifen hereinzubekommen, wird die Auflage der "Niederdeutschen Stimmen" in halbamtlichen Handbüchern und auf den Fragebogen des Verlegerverbandes mit "garantiert" 30 000 Exemplaren angegeben. Anfang 1952, als die "Niederdeutschen Stimmen" zur niedersächsischen Landtagswahl mit 12 000 Exemplaren herauskamen, ließ sich der Verlag sogar eine Auflage von 70 000 notariell beurkunden. Zu diesem Zweck wurde der Sarstedter Notar Dr. Nagel in die "Meyersche Buchdruckerei" zu Sarstedt gebeten. Die Zählernummer der Rotationsmaschine wurde auf "Null" gestellt. Dann lief die "Kreiszeitung Sarstedt" über die Trommeln; ihr folgten die "Niedersächsische Wirtschafts- und Verkehrs-







WASCHAUTOMATEN

L25-JUNIOR erhalten ernsthafte, kreditfähige Interessenten unverbindlich

8 TAGE ZUR PROBE! Das Möbelstück für die Küche

wäscht, spült und schleudert 4 kg Trockenwäsche vollautomatisch in 40 Minuten.

Keine Verankerung! Raumsparend! Besonders Interessanter Preis

Auskunft über techn. Anschlußmöglichkeiten und Fachhändlernachweis, auch über andere
Haushaltsgeräte: WESTINGHOUSE Waschautomaten für 4,
5 kg, vollautom. Wäschetrockner, Kühlschränke, Geschirrspülautomaten, vollautom. Elektroherde, Klimaanlagen durch:

AMROPM

Deutsche WESTINGHOUSE Generalvertretung Frankfurt (Main), Schweizer Straße 24. — Tet. 65351, zeitung", "Die Peitsche — Zeitschrift für Bauer und Pferd" und schließlich die "Niederdeutschen Stimmen". Als der Druck vorbei war, stand der Rotationszähler auf 70 000.

Der Trick mit den Anzeigen

Ein anderes Anzeigen-Manöver der christdemokratischen "Niederdeutschen Stimmen" wäre beinahe schiefgegangen. Der Verlag hatte Kunden und Geld mit einem Schreiben werben wollen, in dem es hieß, man vereinbare auch gern höhere Bezugsgebühren, für die der Verlag selbstverständlich steuerabzugsfähige Bezugs-Rechnungen ausstellen würde. Falls aber der Betriebsrat Schwierigkeiten mache, sei der Verlag bereit, steuerabzugsfähige Anzeigen-Rechnungen zu schicken.

Gewerkschaftsfunktionäre steckten dem Finanzamt diesen Brief, wovon der Verlag jedoch alsbald Kenntnis erhielt. Als die Finanzbeamten zur Prüfung antraten, war der Schaden schon behoben. Der inkriminierte Absatz war auf dem Entwurf des Verlagsschreibens gestrichen und mit der Randnotiz versehen worden: "Entfällt". Leider habe die Sekretärin diesen Passus dann doch mitgetippt, so daß die eine oder andere Firma den Brief in der ersten, inzwischen aber längst korrigierten Fassung erhalten haben könnte.

Daß Spenden an die "Niederdeutschen Stimmen" in den Büchern des Verlages als Gebühr für "Anzeigen auf Abruf" gebucht werden, kommt nicht eben selten vor. Den Spendern, die sich offenbar genieren, in ihren Büchern frei und ehrlich zu bekennen, daß sie der CDU Geld geben, gehen dann quittierte Anzeigen-Rechnungen, manchmal sogar Korrekturabzüge von Anzeigen zu, die nie gedruckt werden. Dennoch ist der CDU-Verlag der "Niederdeutschen Stimmen" gelegentlich nicht liquid. Dagegen hilft dann ein Anruf bei der Direktion der Portland-Cementfabrik AG in Misburg.

Auf Portland-Zement hält auch der CDU-Bundesschatzmeister Bach große Stücke. Dem CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Hermann Lindrath schickte Bachs Verlag "Das Wirtschaftsbild" zu Weihnachten 1953 eine Sonderprämie von 5000 Mark. In der Zahlungsanweisung des Verlages für diesen Betrag war vermerkt, es sei so schnell zu verfahren, daß Herr Lindrath das Geld noch vor dem Fest in Händen habe. CDU-Lindrath sitzt als Prokurist in den Portland-Zementwerken AG, Heidelberg.

Dieser selbe CDU-Abgeordnete Lindrath war es, der am 16. November 1954 als Berichterstatter des Bundestagsausschusses für Finanz- und Steuerfragen dem Bundestag den Vorschlag des Ausschusses begründete, Spenden an politische Parteien in Zukunft steuerlich zu begünstigen. Vergeblich gab die SPD in der anschließenden Aussprache zu bedenken, daß man schlecht finanzielle Opfer für eine politische Überzeugung auf dem Umweg über die Steuergesetze auf andere abwälzen könne, die eine abweichende politische Überzeugung

Der SPD-Abgeordnete Erler erklärte in dieser Debatte: "Es ist seit langem in Deutschland ein Problem geworden, ob man nicht die politischen Parteien angesichts der besonderen Bedeutung, die ihnen im politischen Leben und in unserer Verfassungswirklichkeit zukommt, durch eine Art Parteiengesetz dazu zwingen sollte — wie es das Grundgesetz auch vorgesehen hat —, ähnlich wie andere öffentliche Körperschaften öffentlich Rechenschaft über ihre Finanzgebarung abzulegen ..."

Die Forderung nach einem Parteiengesetz vertritt auch Geschäftsführer Stark vom "Wirtschaftsbild", obwohl ein solches Gesetz für Parteifinanzierungs-Tarnorganisationen wie das "Wirtschaftsbild" sicher Bach und ich und alle CDU-Funktionäre drängen darauf, daß endlich das Parteien-Gesetz verabschiedet wird. Der Staat kann sich doch auf die Dauer nicht von Institutionen tragen lassen, um die er sich gar nicht kümmert. Die Parteien müssen endlich unbedingt rechts- und geschäftsfähig werden."

Die Bemühungen der von der CDU beherrschten Bundesregierung in dieser Richtung sind bislang allerdings nicht sehr eindrucks- und wirkungsvoll gewesen. Erst sieben Jahre, nachdem das Grundgesetz mit seiner Forderung nach einem Parteiengesetz zu Papier gebracht worden war, berief CDU-Bundesinnenminister Schröder im November 1955 sechzehn Professoren — Staatsrechtler und Historiker —, die ein Grundlagen-Gutachten für das Parteien-Gesetz anfertigen sollen.

Die Meinungen über die erstrebenswerteste Rechtsform der Parteien schwanken zur Zeit noch zwischen:

> Status quo;



Familie Bach: Jeder soll sein Haus haben



Parteifinanzierungs-Redner **Lindrath** 5000 Mark vorm Weihnachtsfest

eingetragener Verein, möglicherweise mit Kaufmanns-Eigenschaft;

> Körperschaft des öffentlichen Rechts.

CDU-Verlagsleiter Stark sieht auch im dritten Fall keine Gefahren für die Geschäfte seiner Partei: "Der Staat gibt den Parteien, je nach Mitgliederzahl, öffentliche Mittel. Die Aufsichtsbefugnisse des Staates stelle ich mir so vor, daß die Parteien bei ihren Entschlüssen, auch in Fragen der Finanzierung, nicht eingeengt werden. Die Kontrolle sollte vom Bundesrechnungshof ausgeübt werden, der sich dabei natürlich strengster Geheimhaltung besleißigen müßte."

Jedoch: Angesichts des allgemeinen moralischen Vorurteils gegen jede Art von Parteifinanzierung ist auch weiterhin völlig offen, ob die Bonner Parlamentarier das Parteiengesetz jemals verfertigen werden. Das Grundgesetz, so formulierte Bundesinnenminister Gerhard Schröder, habe mit seiner Forderung nach einem solchen Gesetz "eine Aufgabe gestellt, die entweder als die verstiegene Forderung eines Weltverbesserers mild belächelt oder aber als eine ungeheure Provokation der Parteibosse böse betrachtet wird".

Die Chancen, daß die Parteien im Bundestagswahlkampf 1957 "über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft geben", wie es das Grundgesetz befiehlt, sind angesichts all dieser Umstände denkbar gering. So wird diese Frage wieder Gegenstand polemischer Enthüllungen über die Finanzierung des politischen Gegners sein.

Vor der letzten Bundestagswahl operierte die SPD mit einer Denkschrift "Unternehmermillionen kaufen politische Macht!", und die CDU konterte mit Behauptungen, die SPD werde mit Gewerkschafts- und Arbeiterwohlfahrtsgeldern gespeist.

Es ist schwer zu sehen, wie derartige Vorwürfe verhindert werden können, solange die Parteien sich in der Manier finanzieren können, die Ernst Bach mit seinem "Wirtschaftsbild" praktiziert.

BUNDESLÄNDER

BAYERN

Der Philosoph und die Bombe

Der ordentliche Professor für Philosophie an der Universität München, Aloys Wenzl, 69, hat die Mitglieder des bayrischen Senats mit einer Frage befaßt, die seit geraumer Zeit Gegenstand hartnäckiger Verhandlungen zwischen den Atom-Großmächten ist, mit der Frage nämlich, wie man den Atomversuchen dieser Großmächte Einhalt gebieten kann.

Der bayrische Senat, der sich nun diesem dornigen Problem zuwenden muß, ist eine Art zweite Kammer des bayrischen Parlaments. Bayern ist das einzige deutsche Bundesland, das solch eine Institution kennt. Der Senat begutachtet Gesetzesvorlagen der bayrischen Staatsregierung und kann gegen Gesetze des Landtags Einwendungen erheben, die der Landtag abernicht zu beachten braucht. Er kann auch Gesetzesentwürfe im Landtag einbringen.

Die sechzig Senatoren werden nicht, wie andere Abgeordnete, in einer allgemeinen Wahl gewählt, sondern von den ständischen Körperschaften der Industrie, des Handels, des Handwerks, von den Gewerkschaften und den Genossenschaften benannt. Auch die Universitäten und die Religionsgemeinschaften entsenden Vertreter in den Senat.

Weil keine Parteipolitiker in diesem Gremium sitzen, hat Professor Wenzl den bayrischen Senat, dessen Mitglied er ist, zum Forum seines Atombomben-Appells ausgesucht: "Von einer solchen Körperschaft aus kann ein Anruf an die höchsten internationalen Instanzen weit wirksamer erfolgen", meint der Philosoph.

In einem Antrag, über den der Senat in den nächsten Wochen — sobald die Sommerpause vorüber ist — beschließen muß, fordert Professor Wenzl die Senatoren auf, die bayrische Staatsregierung zu ersuchen,

>möglichst bald die nötigen Schritte in die Wege zu leiten, um durch den Bundesrat und die Bundesregierung bei den in Frage kommenden Instanzen Einspruch zu erheben gegen die Fortführung der Atombomben-Abwürfe, die gegen den Sinn des Prinzips der Freiheit der Meere und gegen die Menschenrechte verstoßen, da sie nach dem Urteil der Sachverständigen eine unabsehbare Gefahr für die lebende Menschheit und für kommende Generationen bedeuten."

Mitunterzeichner dieses Antrags des menschenfreundlichen Gelehrten, der sich in seinen zahlreichen Werken mit so essentiell philosophischen Problemen wie denen der Freiheit und der Unsterblichkeit beschäftigt hat*, sind dreizehn weitere bayrische Senatoren. Dazu gehören die katholischen Theologen Johannes Nar und Augustin Rösch, der evangelische Kirchenrat Veit und die beiden Gewerkschaftler Hörner und Baumann.

Die Antragsteller haben ihr ungewöhnliches Verlangen genau begründet:

"Nach dem Urteil maßgebender Sachverständiger sind diese (Atombomben-) Experimente nicht zu verantworten. Durch die radioaktive Verseuchung der Luft wird zunächst die Gesundheit der benachbarten und je nach der Windrichtung benachteiligten Völker, auf die Dauer aber die Erdbevölkerung überhaupt bedroht und durch Einwirkung

^{*} Unter anderem: "Das Verhältnis der Relativitätstheorie zur Philosophie der Gegenwart" (1923). "Metaphysik der Physik von heute" (1935), "Philosophie der Freiheit" (zwel Bände, 1947/49), "Unsterblichkeit" (1951).

